



**Landvolk Niedersachsen**  
Bauernverband Weserbergland e.V.

*gemeinsam stark...*

## Presseerklärung

Unter dem Motto „Zuviel ist Zuviel“ ruft das Landvolk Weserbergland die Landwirtinnen und Landwirte zu weiteren Protesten am kommenden Mittwoch, dem 31. Januar 2024 auf. Es sollen in den Landkreisen Holzminden, Hameln-Pyrmont und Schaumburg in der Zeit von 7:00 Uhr bis 9:00 Uhr die Weserbrücken sowie Brücken an der Bundesstraße B 65 und der Autobahn A 2 mit Schleppern blockiert werden. Verkehrsteilnehmer müssen mit Behinderungen rechnen (siehe Anlage).

Anlass der erneuten Proteste ist die anstehende Haushaltsdebatte im Bundestag. Der vorliegende Haushaltsentwurf sieht eine stufenweise Streichung der Agrardieselentlastung vor. Die Bundesregierung begründet die geplante Streichung damit, klimaschädliche Subventionen abbauen zu wollen – wohlwissend, dass mangels alternativen Antriebstechniken eine Einsparung von Diesel in der Landwirtschaft mittelfristig nicht möglich sein wird. Im Gegenteil: Man plant jährlich fast eine halbe Milliarde zusätzlicher Steuerbelastungen der landwirtschaftlichen Betriebe ein, anstatt ihnen Wege zu alternativen Antriebstechniken aufzuzeigen - übrigens Geld, das ausschließlich aus dem ländlichen Raum herausgezogen wird. Dabei wird der Agrarsektor ohnehin schon mit Haushaltsstreichungen erheblich belastet. Hinzu kommt die zusätzliche Kostenbelastung, die landwirtschaftliche Betriebe angesichts der geplanten Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Steuer im vor- und nachgelagerten Bereich treffen wird. Es ist daher unredlich, die kleine Berufsgruppe der Landwirtinnen und Landwirte unter dem Deckmantel des vermeintlichen Klimaschutzes über Gebühr zu belasten. Da reicht es nicht aus, wenn die Bundesregierung ihre Streichungspläne nur ein bisschen zurücknimmt.

Den Landwirtinnen und Landwirten geht es aber darüber hinaus um Vieles mehr. Denn die Agrardieselstreichung ist bezeichnend dafür, wie Politik in den vergangenen Jahren mit der Landwirtschaft umgegangen ist. Da sind die diversen Pflanzenschutzstrategien auf Länder-, Bundes- und EU-Ebene der vergangenen Jahre zu nennen, mit denen „in Bausch und Bogen“ großflächig der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln verboten wurde, häufig ohne Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse, und ohne Folgenabschätzung für Ernährungssicherheit und wirtschaftlicher Nachhaltigkeit. Im Düngerecht wird den Landwirtinnen und Landwirten auf Basis unzureichender Messdaten eine Unterdüngung ihrer Felder in sogenannten nitrat- und phosphatsensiblen Gebieten vorgeschrieben, ohne dass der einzelne Bewirtschafter aufgrund seiner Wirtschaftsweise irgendetwas daran ändern kann. Und tierhaltende Betriebe finden sich angesichts inflationärer Tierschutzauflagen plötzlich in der Situation wieder, dass über Jahrzehnte sorgsam kalkulierte Stallbauten plötzlich unrentabel werden, weil sie trotz Baugenehmigung aufwändig umgebaut oder sogar stillgelegt werden müssen. Den landwirtschaftlichen Betrieben fehlen Planbarkeit und Zukunftsperspektiven.

Die Reaktionen der Bundesregierung auf die Forderungen der Landwirtschaft waren bisher enttäuschend: Die Landwirtinnen und Landwirte wollen nicht einfach mit Politikern bis zur Sommerpause über ihre Sorgen und Nöte plaudern, sondern erwarten jetzt konkrete Problemlösungen, die ihnen wieder Perspektiven für die Zukunft geben. Das Landvolk Niedersachsen richtet daher an die Bundesregierung ein konkretes Forderungspaket, das als Anlage beigefügt ist.

Landvolk Weserbergland, 29. Januar 2024